

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Geogr. Anst.

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechs mal (Morgen- und Abendblatt vereinigt). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeichbilder“, wöchentliche Beilagen: „Musikblatt“ — „Recht und Leben“ — „Umschau in Technik und Wirtschaft“ — „Für Reise und Wanderung“ — „Literarische Umschau“

Wöchentlich 1.-Mark, monatlich 4.50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Abzugsporto in Goldmark, nm-Zelle 25 Pf., Familien-Anzeigen nm-Zelle 15 Pf., keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Amt d. Handelsrats): Carl Misch, Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3620-3660. Für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3088-3089. Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postschloßkoto, Berlin 9993.

Die Regierungserklärung vertag!

Spanische Bilanz.

Schwarz oder Weiß? / Brimos Nachfolger. / Die Senatur. Wirtschaftlicher Not. Bericht für die „Vossische Zeitung“

Auf Montag 6 Uhr.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages sollte der neue Reichskanzler Dr. Luther sein Kabinett vorstellen und die Regierungserklärung abgeben. Das ist aber nicht geschehen. Am Nachmittag, lange vor Beginn der Reichstags-Sitzung, wurden die Abgeordneten durch die folgende amtliche Mitteilung überführt:

„Die für die heutige Reichstags-Sitzung vorgetragene Abgabe einer Erklärung der neuen Regierung ist auf Montag, abends 6 Uhr, verlegt worden, da unerwarteterweise die Verhandlungen über die Befetzung wichtiger Ministerien, insbesondere des Reichsfinanz- und Reichsjustizministeriums, noch nicht abgeschlossen werden konnten.“

Es ist Dr. Luther nicht gelungen, die gestern nachmittag die Kisten in seinem Kabinett, die durch die Ablegen des C. a. e. m. i. f. d. und des Dillhöferer Landgerichtsdirektors G. u. m. a. d. c. enthalten sind, auszufüllen. Für das Reichsfinanzministerium hat der Reichsfinanzminister den fidejussorischen Finanzminister Dr. Reinhold zu gewinnen versucht. Schon bei den ersten Verhandlungen über die Kabinettbildung hatte Dr. Luther das Reichsfinanzministerium Dr. Reinhold, der der Demokratischen Partei angehört, zugedacht. Die Demokratische Fraktion aber, von vornherein erklärlich, daß mit ihrer Billigung kein Mitglied der Partei als parlamentarischer Vertrauensmann oder als Justizminister in eine rechtsgerichtete Regierung eintreten könnte, indem die Anfrage bei Dr. Reinhold. Nach der Ablehnung des Reichsfinanzministeriums durch Dr. Carozoli oder hat sich der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gemeldet, ihm nach Berlin gebeten und ihm gefordert das Reichsfinanzministerium angetragen. Eine Anfrage des fidejussorischen Finanzministers bei der Demokratischen Fraktion hatte das Ergebnis, daß ihm abgelehnt wurde, in das Kabinett einzutreten. Nach einer glaubwürdigen Bescheinigung der Reichspräsident auf die Demokratische Fraktion eingewirkt haben, die sie zu veranlassen. Dr. Reinhold die Annahme des Reichsfinanzministeriums zu gestatten. Die Demokratische Fraktion hat ihren Standpunkt nicht zu ändern vermocht und Dr. Reinhold hat am Abend in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister endgültig abgelehnt. Inzwischen, heißt, Reichs- und Reichsjustizminister sind aber noch immer unbesetzt. Im Reichstage aber hat man gestern die amtliche Mitteilung über die Gründe der Verlegung der Regierungserklärung auf Montag zunächst mit einiger Skepsis aufgenommen und wollte wissen, daß in Wirklichkeit Meinungsverschiedenheiten im ersten Kabinett über die Programm-Erklärung, insbesondere über den Vorkurs, betreffen die Situation ist, die Regierung notwendig gemacht. Der Reichskanzler hat gestern Abend die Möglichkeit feierliche Behauptungen auf das entscheidende bekräftigt. Von einer der Regierung nachstehenden Seite wurde dazu verifiziert, daß die Regierungserklärung im wesent-

lichen fertiggestellt worden sei, ohne daß sich ernsthafte Differenzen, ergeben hätten.

Als Präsident Ebert um 17 Uhr abends die Sitzung eröffnete, war die Regierungserklärung fertig. Die Abgeordneten im Saale wußten jedoch, die Befürchtung auf den Erbsinnen und in der Diplomatentage waren unangenehm überführt und enttäuscht, als der Präsident, in Lebensretung mit dem amtlichen Communiqué die Verlesung der Regierungserklärung auf Montag veränderte. Die Änderung der Tagesordnung ging übrigens nicht ohne Widerspruch vorüber, der von den Reichstagen und den Kommunisten kam. Abg. v. G. (Nat.-Soz.) erklärte, gegenüber den Reichstagen, eine Regierung aufzuschieben, müßte das Wort gelten: „Recht als Leistung fördern.“ Diese ganze Bestimmungshaltung führte zum Himmel. Man wollte sogar bei der Vertrauensform die Befragung umgehen. (Leb. Widerspruch.) Reichskanzler Dr. Luther soll den Reichspräsidenten Ebert vorgeschlagen, auf eine Regierungsbildung zu verzichten, den Reichstag einzulassen und Neuwahlen für eine Nationalversammlung auszusprechen, damit eine neue Verfassung gefaßt werden könnte. (Beifall.)

Abg. E. (Komm.) bezeichnete es als einen Standfall, daß kein Wort von 500 Reichstagsabgeordneten in Berlin, daß und verweigert auf die neue Regierung werden. Es müßte endlich dem Reichstag ein Ende gemacht werden. Er sei der Ansicht, daß man auch ohne Zustimmung fertig werden könne. (Zwischenruf.) „Das müßten Sie wohl!“ — Große Beifall. Abg. E. erklärte, daß dem neuen Kabinett schärfen Kampf an; denn es sei ein Kabinett der Schwachmütigen und des Großbürgers. Er stellte den Antrag, auch ohne Regierungserklärung in eine politische Aussprache einzutreten. Dieser Antrag wird mit allen gegen die Reichstagen und Kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte befaßte sich das Haus, dem Vorschlag des Reichspräsidenten, sich auf morgen, nächste Sitzung Montag, 6 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Im Staatsrat der Reichsregierung ist Ministerdirektor Dr. K. v. F. der auch bisher in der Reichsregierung tätig war, ernannt worden, zum Reichspräsident der bisherige Ministerpräsident in der Reichsregierung K. v. F.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufwärtungs-ausschusses haben an den Reichstagen, Abg. Dr. Steiniger, (Duis.) das Ersuchen gerichtet, den Aufwärtungsausschuss sofort zusammenzurufen, um den Delegationsrat der Reichstagen Fraktion zu beraten, bei der fortwährende Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung betreffend die Aufwärtungsfrage bewahrt.

Wie wir hören, werden die Sozialdemokraten im Aufwärtungsausschuss den Antrag stellen auf Aufhebung der im Herbst erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten, womit die heilige Steuerentziehung als notwendig erklärt wurde. Damit möchte natürlich die ganze Aufwärtungsfrage ins Rollen gebracht werden.

Neue Unterbrechungen der Wirtschaftsverhandlungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 16. Januar.

Ueber den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen heute abend wird von beider Seite folgendes erklärt: Es lag in der Absicht der beiden Delegationen, daß die heutige Sitzung einen Ausgleich zwischen dem französischen und dem deutschen Vorklage eines modus vivendi bringen sollte. Dieser Ausgleich ist vorläufig nicht zu handlung gekommen. Die Schwierigkeiten rühren von allen Seiten, daß die französische Delegation im großen und ganzen wenig Entgegenkommen an den Tag legte und ihren Vorklage vom 12. Januar nicht aufrechtzuerhalten. Besonders Schwierigkeiten entstanden ferner, als die Frage der einjährig-leihenden Romingente angeklungen wurde.

Die deutsche Delegation sieht da auf dem Standpunkte, daß die Franzosen, die diese Romingente beanspruchen, die Garantie schaffen mögen, daß nicht andere Nationen, die ebenfalls auf Grund des Wirtschaftsvertrages mit Deutschland Handelsverträge

abschließen oder abgeschlossen haben, diese Romingentierung einzufließen als einen Präzedenzfall hinstellen und auszuweichen. Von französischer Seite wurde auf Regierung dieser Frage der Oberste eines Schiedsgerichtes in die Debatte genommen, von der deutschen Delegation aber abgelehnt. Es wird eingefolgelt eine „französische Unterbrechung“ der Verhandlungen ins Auge gefaßt, bis das französische Parlament die Zollvereinbarung bestätigt hat. Andererseits beabsichtigt der deutsche Delegationsrat, Staatsratler Trenkelbauer, selbst noch dem einmal nach Berlin zu reisen, um mit dem neuen Kabinett in dieser Frage Fühlung zu nehmen.

Truppenlandung in Schanghai.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

London, 16. Januar.

In Schanghai ist eine internationale Landungstruppe, bestehend aus 350 Mann amerikanischer, englischer, französischer, italienischer und japanischer Marineinfanterie unter dem japanischen Admiral Kurota ausgeschifft worden, um das Fremdenquartier zu schützen und die internationalen chinesischen Truppen zu beschützen.

Eine sozialistische Zeitung Madrids brachte zum Jahresende eine graphische Darstellung der Bilanz 1924. In einer Umrechnung zeigte sich ein tüchtig großes Stück Schwarzgeld. Zahlreichere Mittel, die die Zeitung dieses Schwarzgeld nicht in Weiß vermerken konnte, das große weiß Geld vermerken oder jenen schon seit Beginn der Dittator fast täglich die Spalten einiger Blätter, zumal die Gewalt des Zensors sich auch gegen Karikaturen richtete, wie sie von den meisten Zeitungen in jeder Nummer gebracht werden. Am liebsten ist es jetzt Beginn dieses Jahres der Presse verboten, die ganz oder teilweise mitgeteilten Artikel als leer gelassene Stellen zu veröffentlichen; dies, damit die öffentliche Meinung nicht durch das viele Weiß (und Schwarz) benutzigt werde.

Die Bilanz des Jahres 1924 kann nun von unparteiischem Standpunkt aus nicht so „schwarz“ angesehen werden, wie es jeder Echter vor Augen führt; wohl aber ist die Zukunft, auch die allererfolgreichste, in unüberwindlichen Dunkel gehüllt.

Was zu Anfang von 1924 niemand geglaubt hätte, ist Tatsache geworden: Die Diktatur ist leicht zu meistern. Als der General Primo de Rivera am 13. September 1923 die unumkehrbare Herrschaft an sich riß, und nur vor dem Thron halt machte und insulsierte, gab er selbst bekannt, daß er etwa drei Monate im Amt bleiben werde. Dann verlängerte die Herrschaftszeit des militärischen Diktators teils nachdrücklich, teils stillschweigend immer mehr und mehr, und erst vor einigen Tagen erklärte der Diktator einem Zeitungsmann: „Solange die Mehrheit des Volkes auf meiner Seite ist, werde ich die Regierungsgewalt ausüben.“ (Etwas: „Wahlrecht, der angehöre“ auch nur aus Verste zu stellen weiter weiter!) Daß die Mehrheit des spanischen Volkes dem Diktator trotz ergeben sei, kann nur berjenige behaupten, dem daran gelegen ist, daß dem so wäre. Um Wahrheit ist viel eher das Gegenteil der Fall; denn vom eigentlichen Volk ist es nur die nicht zu zahlreichen wohlhabenden Bürger, die in der Diktatur Glück wegen der Wohlstandes erblicken. Zu Anfang allerdings waren sehr viele Hoffnungen auf eine unumkehrliche, nicht von politischen und privaten Würdigen beherrschte Regierung gesetzt worden, selbst von nicht militärischen Eingeweihten. (Bedenke: Militärisches allerdings hat in Spanien wohl nicht einmal das Herz!) Die Unzufriedenheit mit den frühesten Ministern aller Parteien trat auch dazu bei, daß der völlige Mißbrauch von den meisten mit Freude begrüßt wurde; denn es gab keinen, selbst nicht militärischen Eingeweihten, der dem Leben, denen der Diktator trotz sehr zu Liebe ging, Seele aber hat wohl jedermann lästig eingesehen, daß auch ein Diktator — sei er nun Militär oder sonst irgend jemand — nichts vermöge gegen die Macht der Falschheit, und die, die teils sich selbst überlassen, teils durch Verwaltung und sonstigen unglücklichen Umständen sich nicht in einigen Monaten aus der Welt schaffen lassen, zumal vieles im Charakter der Bevölkerung selbst begründet ist.

Von den vielen Verprechungen, die der Diktator dem Volk gab, haben sich nur wenige erfüllt; es waren freilich zu viele, und zu groß, als daß sie mit so großen Erwartungen oder in technischer Unkenntnis der ungeheuren Schwierigkeiten abgelegt. Auf administrativem Gebiet sind jedenfalls Vorteile erreicht worden; im allgemeinen jedoch keineswegs. Würde der Diktator jetzt zurücktreten, kann sogar behauptet werden, daß er überhaupt nichts Greifbares und Wertvolles erreicht habe. Nur wenn es ihm in der Tat gelingen sollte, auf dem neu eingeschlagenen Weg in Ordnung zu bringen den Aufschwung wieder herzustellen und somit den größten Teil des Landes wiederherzustellen, dann wäre ihm ein wenig zu danken, und gewiß nicht zu seinem Erfolg des Diktators getrieben werden, den ihm wenigstens eine große Mehrheit immer danken würde. Allerdings hat der General Primo de Rivera gerade seiner neuen Marokko-Politik wegen im Meer selbst viele Gegner, die mit seinem Vorgehen nicht einverstanden sind.

Das politische Leben der Öffentlichkeit hat im vergangenen Jahr durchaus und vollkommen zum Verschwinden gebracht worden. Das Parlament ist abgeschafft, die Parteien sämtlicher Richtungen sind zum Verschwinden gebracht worden, die öffentlichen Versammlungen und führenden Politiker wurden vom Diktator scharfer Verfolgungen bedürftig; und zwar in so schroffer Weise, daß an eine glückliche Ablösung der Diktatur durch irgend welche freigelegte Regierungen überhaupt nicht gedacht werden kann. Diese Umstände sind ein wenig unglücklich, für die, die dringend notwendigen Schritte in die normalen Verhältnisse im Wege sieht.

Danzigs Verteidigung gegen Polen.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Am 21. Januar.

In der heutigen Nachmittags Sitzung des Danziger Volkstages hat Senatpräsident Gahn zusammenfassend die Stellungnahme des Senats in den Fragen der auswärtigen Politik der freien Stadt vorgelegt. Der Senatpräsident betonte, daß Danzig auf dem Boden der nationalpolnischen Freiheit und der Beachtung der Verträge stehe. Wenn auch seit der Abstimmung keine Erneuerung der Kulturgemeinschaft mit dem deutschen Volk eingetreten sei, wie er mit befriedigter Freude feststellen könne.

Die freie Stadt habe in dem Völkerverband immer den Schutz des Staates und den Schutzbefehl in den Beziehungen zwischen Danzig und Polen gesucht. Es habe sich daher stets eine „Action directe“ enthalten, auch in den Fällen, wo die Entschädigung des Völkerbundes Leben und Eigentum Danzigs bedrohte, wie im Falle des polnischen Munitionslagergrabens. Der Senatpräsident betonte auch, daß lebenswichtige Danziger Fragen, wie die Frage der polnischen Ausfuhrzölle und die Frage der nationalen Selbständigkeit Danzigs, von Seiten des Völkerbundes bisher keine klare Entscheidung gefunden haben. Besonders um die Frage der nationalen Selbständigkeit, die nur von Polen angefaßt würde, werde der Völkerverband nicht herumkommen. Diese Frage könne nur mit „Ja“ beantwortet werden, was eigentlich kein Gefährden für den Danziger politischen Vertrag im Völkerverbandstatut ergibt und damit also von Polen mit dem Völkerverband als internationaler Vertrag zwischen zwei Staaten dokumentiert worden wäre. Der Senatpräsident betonte, daß bei den Danziger-polnischen Streitfragen vor dem Völkerverband Danzig sich immer in der Verteidigungshaltung befindet.

Ein Beweis dafür wurde jetzt die Äußerung mit der polnischen Völkerverband. Zum Beweis zitierte der Präsident die Entscheidung des Völkerverbandskomitees vom 25. Mai 1923, wonach Völkerverband an keiner anderen Stelle als der polnischen Völkerverbandsversammlung oder ausserhalb des Völkerverbands selbst kein polnisches Völkerverbandsorgan sein darf. Damit aber ist die Vertragsmäßigkeit des Völkerverbandes und Völkerverbands der Polen erwiesen. Besonders nach der Senatpräsident Stellung zu den künftigen Ausführungen des polnischen Völkerverbandspräsidenten S z u g u t, der gegenüber Danzig von dem Völkerverband eine Erklärung abgegeben habe, der die Dinge auf dem Kopf stelle. Der Senatpräsident betonte, daß die Wehrfähigkeit Danzigs, die sich nach polnischer Seite um die Einzelheit eines großen Planes gehandelt habe, um Danzig zur Errichtung der polnischen Ziele mit einem Heer von polnischen Beamten zu durchdringen. Daher werde jetzt auch zum ersten Male von polnischer Seite das Protektorat Polens über die freie Stadt in Anspruch genommen. Dieses Protektorat könne Danzig ab, da es im Vertrag von Versailles keine Stütze finde. Es handele sich jetzt nicht mehr um einen Kampf Polens gegen Danzig, sondern um einen Kampf Polens gegen den Völkerverband selbst. Danzig vertraue auf die Autorität des Völkerverbandes und den Gedächtnis seiner Mitgliedsstaaten.

Die Stellung des Völkerverbandes.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Am 16. Januar.

Die hier eingetroffenen Nachrichten über den polnisch-danziger Konflikt und vor allem die Äußerungen des Völkerverbandskomitees des Völkerverbandes, Mac D o n e l l, seitens der polnischen Zeitungen haben in Kreisen des Völkerverbands beträchtliche Beunruhigung hervorgerufen. Man weiß, daß die Wehrfähigkeit Danzigs, die sich nach polnischer Seite um die Einzelheit eines großen Planes gehandelt habe, um Danzig zur Errichtung der polnischen Ziele mit einem Heer von polnischen Beamten zu durchdringen. Daher werde jetzt auch zum ersten Male von polnischer Seite das Protektorat Polens über die freie Stadt in Anspruch genommen. Dieses Protektorat könne Danzig ab, da es im Vertrag von Versailles keine Stütze finde. Es handele sich jetzt nicht mehr um einen Kampf Polens gegen Danzig, sondern um einen Kampf Polens gegen den Völkerverband selbst. Danzig vertraue auf die Autorität des Völkerverbandes und den Gedächtnis seiner Mitgliedsstaaten.

2000 Kandidaten für die Stupschnitzerei.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Am 16. Januar.

Die Listen für den kommenden Wahlkampf sind nunmehr abgeschlossen und den Wahlkreisen übergeben worden. Soweit sie von den Behörden befreit wurden, läßt sich die Lage zum folgenden Zeitpunkt zusammenfassen: Um die 135 Mandate der Stupschnitzerei kämpfen fast 2000 Kandidaten in 64 Wahlkreisen und auf 360 Listen. Die radikale Partei hat so viele Kandidaten, daß sie fast kaum um ihren Namen unterbringen kann. Überdies wurde von der radikalen Partei 26 nichtöffentliche radikale Listen angemeldet, und zwar in allen benannten Wahlkreisen, in denen öffentlich ein Zusammengehen der Demokraten der Volkspartei mit der radikalen Partei, in Zusammenhängen für die Regierung 7, für die Opposition 17 Parteien.

Politischer Sturm in Sofia.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Am 16. Januar.

Wie aus Sofia gemeldet wird, soll dort gestern der Chef der Sozialistischen Partei Stefanoff auf offener Straße erschossen worden sein. Die Täter sind entkommen und konnten bis zur Stunde nicht festgestellt werden.

Meldungen von überall

der Völkerverband der „Vossischen Zeitung“.

Wachmacher.

Das Verwaltungsamt der Stadt Wachmacher ist entschlossen, von neuem die Arbeitsbeschäftigung zu erleichtern, die Zahl der Todesfälle durch Typhus im letzten Jahrbericht nach den statistischen Feststellungen auf das geringste zu senken.

Streffel.

Brig Popold, der älteste Sohn des belgischen Königs, beschließt im Frühjahr eine Studienreise nach dem Congo zu unternehmen. Die Reise wird mehrere Monate dauern und durch den langen Gange gehen.

Conbon.

Ein nach Süd England, das Land, wo alle Leute junglich sind, ungenügend. Er hat sich am 74. Jahre alter bei Colchester wohnhafte Jungfrau verheiratet, die eine 85 Jahre alte Frau heiratete, die seit 60 Jahren Witwe war.

Trag.

In der Gemeinde Rimpsch in Wäthen treibt sich länger seit eine eigenartige Erscheinung ab. Der Herr, deren Oberhaupt ein gewisser Herr Schmid ist, der sich als Bruder der heiligen Marias ausgibt, den Weltuntergang prophezeit und seinen Bruder, den Urmacher, die Welt und seinen Nachfolger Christi auf Erden ausgibt. Die Behörden haben diesem Treiben lange Zeit ruhig zugehört. Da aber Herr Schmid in der letzten Zeit anfing, unter seinen Glaubensleuten die Gewaltfreiheit zu predigen, wogel er sich in hef-

tigen Ausfällen gegen den Reichshof und gegen die Regierung ergoß, wurde ihm das geistliche Oberhaupt der Welt, der Herr Schmid, verhaftet und in eine Irrenanstalt eingewiesen.

Zürich.

In Bern ist der Direktor des internationalen Büro für den Völkerverband, der frühere Bundesrat De M o o p e t gestorben. Er wurde im Canton Basel geboren, wurde 1912 in den Bundesrat gewählt, wo er zunächst das Justizdepartement und 1914 das Militärdepartement übernahm. In dieser Eigenschaft hatte er die Arbeiten für die Mobilisierung des Schweizer Heeres während des Krieges zu leisten. Am 1. März 1919 lebte er aus dem Bundesrat aus und wurde an Stelle des Bundesrates Emil Frey zum Direktor des Völkerverbandes gewählt.

Brüssel.

Die belgische Regierung hat eine Untersuchung darüber anordnet, ob sich in der Zeit einer der Mitglieder des russischen Senats in Belgien niedergelassen hat.

München.

In P i e t s b o r g hat Regierung verhandelt unter unternässigen Bedingungen in diesen Tagen plätzlich die Gefahr des Stationsgeheimnisses. Am 17. März ist es dem, sie sei von ihrem Namen verpönt worden. Die Station hat dafür noch keine Anstaltsplan ergeben, so daß die Beisitzer der Untersuchungskommission zur Untersuchung überhandt worden sind. Der Chairman der Verörterenden wurde jedoch wegen Verdachts des Giftmordes verhaftet.

Die italienische Wahlrechtsdebatte.

Drahtmeldung.

Rom, 16. Januar. (F. L.)

In der heutigen Kammerung, an der Mussolini, Ministerpräsident und Unterstaatssekretär teilnahmen, berichtigte sich ein Antrag auf eine bündige Sitzung, die im Februar bei der Wahl der „Constituenti“, Senatori für die Wahl gegen die Regierung Partei nehmen. Einige Abgeordnete schlugen den Antrag, den Völkerverband, umringten G o l i e t t i, drängten nach den Völkerverband, umringten G o l i e t t i, die seine unerschütterliche Ruhe verlor und den Saal verließ wollte. Mit Hilfe konnte der Präsident die Ruhe herstellen.

Unter lautloser Stille wurde die Tagesordnung der Opposition verlesen, und Orlando ergriß zur Begründung das Wort. Er führte aus, daß die heutige Politik der Regierung, die sie Freiheit der Presse und Versammlung unterdrückt, die für den Wahlkampf notwendig notwendig Freiheit nicht gewährleisten könne. Da weshalb die Wahl ein solches Bild von der Stimmung im Lande ergeben würde, müsse die Opposition aus politischen Gesichtspunkten gegen die Wahlrechtsvorlage stimmen. Orlando sprach fest und lebhaft und erregte eine Entrüstungsstimmung bei den sozialistischen Abgeordneten.

G o l i e t t i begründete sein „Nein“ bei der kommenden Abstimmung, abgehen von den Römischen Orlando, was damit, daß die Einschränkung der Freiheit auf allen Seiten der Regierung die Freiheit eine feste Errungenschaft in den Völkerverband herbeiführen würde, die umso gefährlicher sein könne, als der Erfolg der Wahlen der Regierung ein unfähigste Recht verleihe und leicht ganz andere Formen annehmen könne.

Die Sitzung wurde auf kurze Zeit unterbrochen. Man erwartet, daß die namentliche Abstimmung jedenfalls die Annahme der Wahlrechtsvorlage mit großer Mehrheit bringen wird.

Schließung der Universität Neapel.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Rom, 16. Januar.

Infolge der in der letzten Zeit sich häufenden Zusammenstöße zwischen Faschisten und Sozialisten in den Säumen der Universität Neapel hat der akademische Senat beschlossen, die Universität bis auf weiteres zu schließen.

Die Krise im Garabet.

Wachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 16. Januar.

Die gestern hier eingetroffene Wirtschaftskommission des Garabet wurde heute nachmittag von dem französischen Botschaftsminister Inghami in Gegenwart mehrerer Beisitzer zusammenberufen. Der Leiter der Kommission, Inghami, mit welchem das deutsche Mitglied der Kommission, der Generaldirektor des Garabet, sich heute trifft, wird, wo es das kanonische Mitglied C i e f f e r e r o s e n e n w a r e n, sollte die Delegierten dem Minister vor.

Nach einer Anfrage Paulis betonte C o h n a n n die ernste wirtschaftliche Lage des Garabet. Der Führer der Delegierten, Bodt, legte dann dar, welche wirtschaftlichen Sorgen die Garabetbedürfnisse im Augenblick der Einziehung des Garabetes in das französische Gebiet betroffen. Er hob hervor, daß es nur zwei Möglichkeiten gebe, entweder die Einziehung des Garabetes, wodurch schwere Folgen für die Beziehungen zwischen Frankreich und Garabet eintreten würden, oder die Einziehung des Garabetes in das französische Gebiet. Im Hinblick auf die ernste Lage eine längere Ausrede war, in welcher der französische Botschaftsminister sich bemühte, die Beziehungen zwischen Frankreich und Garabet zu erhalten. Der Herr Delegierten erwiderte, daß er kein Interesse für die Lage der Garabetveränderung ausdruck gab.

Wirtschaftsminister Dobrotvitski erkrankt.

Der Wirtschaftsminister Dobrotvitski in Berlin, Proskowitsch, ist an einer Grippe erkrankt. Die Wiedereröffnung des Reichstages am 2. Februar erfolgt, so daß Dobrotvitski an dem Arbeten der russischen Delegation bei den deutsch-russischen Unter-

suchungsverhandlungen ebenfalls nicht teilnehmen können. Der Leiter der Berliner Gewerkschaftsvereinigungen, E t m o l i n o w hat nach seiner Genesung seine amtlichen Funktionen wieder übernommen, wird sich aber in nächster Zeit nach Moskau begeben, um sein neues Amt als stellvertretender Außenhandelsminister anzutreten.

Die Industrie zur Steuerreform.

In der letzten Reichstags Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde über das Besondere ein Programm für die Industrie beschlossen. Das Programm ist ein Programm, das dem Staat und dem dem Staat. Der Herr Vorsitzende Dr. S a u m a n n ein eingehendes Referat über Steuerfragen und über die Einziehung der Steuerreform in der Industrie. Im Hinblick auf die Vorgehensweise wurden folgende Resolutionen gefaßt: Einmal eine Steuerreform, die den wirtlichen Einkommen und Gewinnen im Jahre 1924 vorzunehmen und danach folgende die einheitlichen Steuern für 1924 wie die Höhe der Vorauszahlungen für 1924 festzusetzen, und so die hohen Mittel der Steuerreform durch füllig gemessene zu ergeben. Methoden der Steuerreform des Reichsfinanzministeriums einfließen zu erfüllen. Die zweite Resolution heißt, daß ein radikaler Umbau der Steuerreformordnung schon für das Jahr 1925 beabsichtigt und praktisch umschreibbar sein. Eine bezügliche Steuerreform kann erst für einen späteren Termin ins Auge gefaßt werden, die eine wirkliche Regelung der Einkommensteuer erfolgt ist und wenn eine erhebliche Finanznotwendigkeit die wirtschaftliche Leistungsabgabe der deutschen Industrie geschaffen sein.

Industrie und Exporthandel.

Vortrag Geheimrat's Wiedenfeld.

In der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft sprach Geheimrat Wiedenfeld über den Austausch der O r t e und die Ausfuhr von Waren insbesondere nach, aus welchen Gründen Deutschland heute auf den selbständigen Außenhandel angewiesen ist. Die Kenntnis fremder Länder aber dem Außenhandel immer noch einen Vortrang vor den Wirtschaftsorganisationen der Industrie. Die Industrie ist immer auf einen guten Stand der Einkommenerträge angelegt und die Möglichkeiten, die Waren an der Exporteur fest zu verkaufen, entlastet die Industrie. Vieles ist die Bedeutung des Außenhandels der Industrie gegenüber unterschätzt worden. Die Industrie hat sich zunächst nicht, in der Außenhandelsunmöglichkeit und es kann keine Aufgabe nicht in anderer Weise durch Angestellte der industriellen Unternehmen gelöst werden.

Die Preispolitik der freien Handelsländer bedient sich meist des Mittels, höhere Zölle zu fordern als bei dem Mangel des Auslandes. Diese Preispolitik führt zu einer wesentlichen Erhöhung der Produktionskosten des Auslandes. Gerade so sich um Selbstfinanzierung Deutschlands handelt, wurde es dem Ausland durch diese Politik möglich, auf niedrigerer Selbstfinanzierung zu arbeiten als Deutschland. Es unterliegt keinem Zweifel, daß heute diese Lage gefährlicher ist, als bei dem Mangel des Auslandes und Auslandsprodukten bedanden haben, für Deutschland nicht mehr tragbar sein.

In der Diskussion ergriß der frühere Minister C o e h n e n das Wort und schätzte die Selbstfinanzierung und die deutschen Schätzungen an. Er wies darauf hin, daß durch die Anti-Dumping-Verträge der anderen Staaten, insbesondere der Amerikas, gar nicht mehr die Möglichkeit gegeben ist, in den Außenhandel die Auslandspreise übertragen zu können. Die Anti-Dumping-Gesetzgebung erstreckt sich nicht nur auf Amerika, Kanada, Australien und Neuseeland haben sie übernommen. Es kann also nicht im Interesse des deutschen Außenhandels liegen, durch Selbstfinanzierung großer Preisdifferenzen zwischen inländischen und Auslandsmarkt zu ermöglichen.

Wieder Mittelmeerzeitung in Athen.

Die Pariser Anbänderschrift, daß sich in Athen wieder eine Zeitung für die Mittelmeerzeitung gründen wird.

Vertrauensstimm für die braunschweigische Regierung.

In der gestrigen Sitzung des neuen Landtages von Braunschweig wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten dem Reichsstaten das Vertrauen ausgesprochen. Die Demokraten hatten den Sitzungsaal verlassen.

Die Zichrau.

Eine Berliner Erinnerung.

Dox
Droffler Hans Gedner.

Als richtige Gelehrten machen wir Ende der sechziger Jahre oftmals unter Streifzug zum Gedankenschatz. Das ist doch nichts Ungewöhnliches, als das Treiben auf den Höfen... Die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Wichtig anzuführen waren die Zichrau, mit ihren weitergehenden, drallen oder verhaltenen Gelehrten... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Auch die Zichrau hatten ein Wunder, das uns Zungen... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Hier hatte auch eine fanse, schließlich dreimalige Frau... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Schließliche — Welche Worte für uns, wenn das erste Paar... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Man hat mich befehrt! Heute, als der Steiger unsere Straße... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Erlebnisse eines Werkstudenten.

von
Heiz Dietermann.

Heute kamen wir in Hamburg an, zu dritt. Im Wohnheim, wo wir wohnen, haben wir ein Arbeitszeugnis gefaßt... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Sinnig zum Fortschritt! Sieben drahtgerüstete Ränge über... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als wir auf unsere Bude im Wohnheim zurückkamen, ist... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Man hat mich befehrt! Heute, als der Steiger unsere Straße... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

lein in der Nähe von Neubrand, in dem alten Wäldchen... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Etwa zehn Jahre später mögen es gewesen sein, da ich... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Ich komme also im Januar 15. Als Gelehrte ist mit August... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Ein langweiliger Tag. Gelehrter wird fast nicht. August... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Wichtig, hier die Güte der Arbeit, das Spiel... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als wir die Einbrüche, Wäldchen. Mit einem Sch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Durch die Nacht gehen wir nach Hause, schwermütig... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als ich nach Hamburg, aus München zurückgekehrt, auch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Wissenschaftliche futuristische Dichtung. Ruggers Folger... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als ich nach Hamburg, aus München zurückgekehrt, auch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als ich nach Hamburg, aus München zurückgekehrt, auch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als ich nach Hamburg, aus München zurückgekehrt, auch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als ich nach Hamburg, aus München zurückgekehrt, auch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als ich nach Hamburg, aus München zurückgekehrt, auch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

Als ich nach Hamburg, aus München zurückgekehrt, auch... die Zichrau... die Zichrau... die Zichrau...

